

Offener Brief an die Europäische Kommission zu den geplanten Großfusionen im Agribusiness

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, fordern die Europäische Kommission auf, die bevorstehenden Fusionen der weltweit größten Agrarchemie- und Saatgutkonzerne zu verhindern. Sie muss stattdessen dringend wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Landwirtschaft in der Europäischen Union ökologisch nachhaltiger, sozial gerechter und damit weniger abhängig von der Agenda des Agribusiness zu gestalten.

In einem bereits stark konzentrierten Markt haben die weltweit größten Agribusiness-Konzerne Fusionen angekündigt – Dow Chemical mit DuPont, Monsanto mit der Bayer AG und Syngenta mit ChemChina. Die Fusionen würden die durch die industrielle Landwirtschaft verursachten Probleme weiter verschärfen mit negativen Folgen für das Gemeinwohl und Verbraucher/innen, Bauern und Bäuerinnen, die Umwelt und die Ernährungssicherheit in der EU und weltweit.

Die Fusionen würden zu einer starken Monopolisierung führen, die eine Reihe negativer Konsequenzen nach sich zieht:

- **Wenige Konzerne kontrollieren noch stärker die Landwirtschaft**
Die drei entstehenden Konzerne würden circa 70 Prozent des weltweiten Agrarchemikalien- und mehr als 60 Prozent des Saatgutmarktes kontrollieren. Wegen ihres dominanten Marktanteils und ihrer politischen Macht hätten sie einen viel zu großen Einfluss auf die Ausgestaltung des Landwirtschafts- und Ernährungssystems.
- **Weniger Wahlmöglichkeiten für Bauern und Bäuerinnen**
Geringerer Wettbewerb und eine stärkere Marktdominanz würden die Saatgutvielfalt weiter verringern. Die Auswahlmöglichkeiten von Bauern und Bäuerinnen beim Saatgut sowie ihr Recht auf Nachbau sowie die Weiterentwicklung ihres eigenen Saatguts würden verletzt und die Abhängigkeiten gegenüber chemischen Inputs erhöht. Die drei Giganten könnten die Kontrolle über geistige Eigentumsrechte ausweiten, verbleibende, kleinere Saatgutunternehmen verdrängen und Preise für Landwirt/innen erhöhen – all das hätte negative Folgen für die lokale Wirtschaft und kleinere Lebensmittelunternehmen.
- **Weniger Wahlmöglichkeiten für Verbraucher/innen**
Mehr Marktmacht bedeutet auch für die Menschen in Europa weniger Auswahl bei Lebensmitteln. Die Bauern und Bäuerinnen hätten weniger Möglichkeiten, den Wünschen der Verbraucher/innen nach vielfältigen, gesunden, bezahlbaren, qualitativ hochwertigen und ökologisch erzeugten Lebensmitteln nachzukommen. Kosten, die auf die Öffentlichkeit abgewälzt werden, könnten die Schwächsten am stärksten treffen.
- **Mehr Agrarchemie auf den Äckern schadet der Umwelt**
Eine geringere Vielfalt auf den Äckern und noch mehr Anbau in Monokulturen, der besonders stark auf chemische Inputs und schädliche Pestizide angewiesen ist, würde die Umwelt, die Biodiversität und die menschliche Gesundheit – einschließlich der Gesundheit der Bauern und Bäuerinnen und Landarbeiter/innen – schädigen. Stattdessen müssen wir dringend Landwirtschaft vielfältiger gestalten, um unser Ernährungssystem widerstandsfähiger gegenüber den Folgen des Klimawandels zu machen.
- **Bedrohung für Europas Ernährungssouveränität**
Eine wachsende Bewegung von Bauern und Bäuerinnen, Verbraucher/innen und innovativen Unternehmen ist dabei, lebendige, gerechtere und ökologischere Ernährungs- und Landwirtschaftssysteme aufzubauen. Megakonzerne, die ihre Kontrolle über die Landwirtschaft ausweiten, würden die Zukunft dieser Initiativen – und damit die vielfältigen Funktionen von Bauernhöfen als Eckpfeiler der europäischen Landwirtschaft – gefährden.
- **Schwächung der Länder des globalen Südens und des Rechts auf Nahrung**
Die Folgen der Machtkonzentration würden die Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele

der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) behindern – insbesondere das zweite Ziel: „Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern“. Das wäre besonders im globalen Süden, wo das Recht auf Nahrung sowieso schon bedroht ist, besonders schwerwiegend.

Wir fordern die Europäische Kommission auf, die Fusionen abzulehnen, den absehbaren durch diese Unternehmen verursachten Schaden zu verhindern und dringend Maßnahmen zu ergreifen, um ökologischere und sozial gerechte Ernährungssysteme zu unterstützen, die weniger vom Agribusiness abhängig sind. Dazu sind von der Kommission

- die möglichen Effekte aller drei Fusionen zusammen zu bewerten;
- die bestehenden Konzentrationen im Ernährungs- und Agrarbereich genau zu beobachten und klare Grenzen für Marktanteile, die einzelne Konzerne kontrollieren dürfen, zu setzen;
- staatliche Unterstützungen und Subventionen weg vom Agribusiness hin zu einer bäuerlichen, nachhaltigen und agrarökologischen Landwirtschaft zu verlagern;
- Schutzmaßnahmen für Mensch und Umwelt zu verbessern, um sicherzustellen, dass die negativen Folgen der Aktivitäten des Agribusiness für das Gemeinwohl und Verbraucher/innen, Bauern und Bäuerinnen, Arbeiter/innen sowie die Umwelt verringert werden.